

## Bezugspreis:

Im ganzen deutschen Reich: 18 Mark. Aussenhalb des deutschen Reiches tritt Post- und Stempelsausdruck hinzu.  
Jährlich: 4 Mark 50 Pf. Einzelne Nummern: 10 Pf.

## Ankladungsgebühren:

Für den Raum einer gesetzten Zeile kleiner Schrift 20 Pf. Unter „Eingesetz“ die Zeile 10 Pf. Bei Tabellen- u. Ziffernabsatz entsprechend.

## Erscheinet:

Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage abends.

## Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben dem Briefträger Karl Friedrich August Schmidt in Dresden das Allgemeine Ehrenzeichen Allernädigst zu verleihen geruht.

## Bekanntmachung.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Botterie-Collectoren

Karl Friedrich Ritter zu Löbau,

Gustav Adolf Hermann August Welzer, zu Leuchwitz,

Karl Gottsch Ritter zu Riederbörnisch,

Richard Höllig zu Riederplanitz,

Friedrich Schulze zu Delitzsch in Ergeb.

Karl Haferkorn zu Pieschen,

Moritz Kluge zu Blasewitz und

Heinrich Julius Gläser zu Schönewitz  
Agenturen der Alterscentenbank übertragen worden sind, wogegen die Eisenbahn-Stationskasse zu Delitzsch im Ergebie von der Fortführung der ihr übertragen gewesenen Agentur der genannten Bank entlastet worden ist.

Dresden, den 24. Januar 1887.

Finanz-Ministerium.

von Könneritz.

## Nichtamtlicher Teil.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 26. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Das Reichszeitblatt veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung vom 25. Januar, welche die Verordnung über sämtliche Grenzen gegen das Ausland bis auf weiteres verbietet. Der Reichsanzeiger ist zu Ausnahmen von dem Verbot und zu etwaigen Kontrollmaßregeln ermächtigt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Frankfurt a. M., 25. Januar. (W. T. B.) Bezuglich der Anfrage des Oberbürgermeisters Miquel, wie sich die Stadtverordnetenversammlung zu der Thatache stelle, daß er ein Reichstagsmandat anzunehmen gedachte, wurde in der deutigen Sitzung der Stadtverordneten einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher im Hinblick auf die hervorragenden Verdienste Miquels um das Gemeinwohl dem dringenden Wunsche Ausdruck gegeben wird, er möge im Amt verbleiben. Gleichzeitig wird die Ansicht ausgesprochen, daß die vorübergehende Annahme eines Reichstagsmandats sich mit dem Oberbürgermeisteramt vereinigen lassen.

Wien, 26. Januar, morgens. (W. T. B.) Wie die „Presse“ meldet, hat die ungarische Regierung dem Vorschlag des österreichischen Ministeriums zugestimmt, die Verhandlungen wegen der Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland vor denjenigen mit Italien zu beginnen.

Rom, 25. Januar abends. (W. T. B.) In einem Telegramm vom 22. d. W. ersucht der Oberbefehlshaber der in Massawab befindlichen Truppen, General Gené, um 600 Mann Verstärkung, um, wenn nötig, eine militärische Demonstration zu unternehmen. Gené fügt in dem Telegramm hinzu, die Spannung mit Asas Alula dauer fort, doch scheine der Negus einem Bruch abgesezt.

Wie die „Tribuna“ und die „Italia militare“ melden, sollen so bald wie möglich 2 Korvetten mit Truppenverstärkungen nach Massawab abgehen.

## Feuilleton.

## Heimliche Liebe.

Eine Geschichte aus den bayerischen Bergen von Friedr. Volk. (Fortsetzung.)

Er schwieg, und da der Kahn sich jetzt allmählich dem Hafen von Fischhausen näherte, so war die Aufmerksamkeit der drei Personen vorläufig auf andere Dinge gerichtet und das Gespräch einstweilen ganz abgebrochen.

Als das Vordeitell des Kähnes nach Verlauf von einigen Minuten endlich an den sieben Grand des Ufers stieß, ergreifte Jodel die Krägen und sprang mit ihm ans Ufer. Dann half er wieder der Materin beim Aufsteigen und als diese ebenfalls neben ihm am Ufer stand, rieb der alte Fischer mit einem stummen Abschiedsgrüße den Kahn sofort vom Gestade ab und fuhr, die Ruder ergreifend, langsam und gemächlich wieder zurück in den See. Jodel aber nahm die Krägen auf die Schultern und, die Vergnügde erfreibend, schritten die beiden auf der Straße dahin, die durch das Dorfchen Fischhausen führte.

Als sie so eine Weile stillschweigend nebeneinander gegangen waren, sahen sie in einiger Entfernung vor sich auf der Heide eine Kapelle liegen. Die Straße, die sie verfolgten, führte an dem Kirchlein vorbei und sie erreichten dasselbe auch in kurzer Zeit.

„Das ist das Leonhardi-fest“, sagte Jodel zu der Materin, „wollen Sie vielleicht ein bissel hineinschauen?“

## Dresdner Journal.

für die Gesamtleitung verantwortlich:  
Otto Bartsch, Professor der Literatur- und Kunstgeschichte.

## Annahme von Ankladungen anwärts:

Leipzig: F. Brandstetter, Commissar des Dresdner Journals;  
Hamburg-Berlin-Wien-Leipzig-Basel-Breslau-Frankfurt a. M.; Hausemann & Vogler; Berlin-Wien-Hamburg-Frag-Letzen-Frankfurt a. M.-München-Rud. Mosse; Paris-London-Berlin-Frankfurt a. M.-Stuttgart-Daube & Co.; Berlin: Insolidentank; Bremen: K. Schlotte; Breslau: L. Stengen's Bureau (Emil Kochath); Görilla; G. Müller's Nachfolger; Hannover: C. Schüssler; Halle a. S.: J. Borch & Co.

Herausgeber:  
Königl. Expedition des Dresdner Journals,  
Dresden, Zwingergasse No. 20.

gegen Ende dieses Monats soll eine weitere Abteilung Infanterie nach dort eingeschiff werden. Im Ganzen werden 12 Compagnien Infanterie, 3 Alpenjägercompagnien, 1 Geniekompagnie und 1 Gebirgsbatterie zum Abgang nach Massawab vorbereitet.

Mainz, 26. Januar. (Tel. d. Dresden. Journ.) Der Prinz Alexander v. Wattenberg ist von hier nach Genus weitergereist.

Kopenhagen, 25. Januar. (W. T. B.) Die in auswärtigen Zeitungen enthaltene Rede des jungen Kriegsministers Oberst Bobstot hat der selbe vor 20 Jahren als junger Hauptmann gehalten. (Wir haben von den die Rede betreffenden Blätternmeldungen, da sie augenblicklich falsch waren, keine Notiz genommen. Tel. d. Dr. J.)

Bukarest, 25. Januar. (W. T. B.) Die Abgeordnetenkammer verbandete heute über die Interpellation Majorcess' bezüglich der Vermögens, welche nach dem Attentate gegen den Ministerpräsidenten Bratiano in den Redaktionsräumen der oppositionellen Blätter festgestellt hatten. Nachdem Bratiano und der Justizminister Statescu auf die Interpellationen geantwortet hatten, erteilte die Kammer mit 105 gegen 35 Stimmen der Regierung ein Vertrauensvotum.

Dresden, 26. Januar.

## Gut Beurteilung der Kriegsgerüchte.

Wie in unserem heutigen Blatte unter „Berlin“ zu erkennen, bestätigt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Angabe des französischen Ministerpräsidenten Goblet, nach welcher die Nachricht, Deutschland habe wegen der Truppenansammlungen an der französischen Grenze von der französischen Regierung Ausklärungen verlangt, unrichtig sei. Dieses gibt uns Beruhigung, auf die Leichtigkeit und Gewissheit hinzweisen, mit welcher von London aus die gegenwärtige zweitlos erste Lage dazu ausgemaut wird, um eine raschgängige Bewegung der Werte zu bewirken. Andererseits sollen „Daily News“ hierbei noch den Nebenzweck verfolgen, dem Kabinett des Marquis v. Salisbury Verlegerheiten zu bereiten. Mit allem Dem haben sie aber nichts erreicht. Das Blatt galt selbst als sein unrichtiger Freund, Gladstone, an der Spitze des Kabinetts stand, in Sachen der auswärtigen Politik für herzig schlecht unterrichtet. „Es kann eine Zeit kommen“, so bemerkte die „Presse“, „und sie mag vielleicht näher liegen, als den Friedensfreunden lieb ist, in welcher in der That eine ähnliche Anfrage von Berlin aus nach Paris gerichtet werden muß; vorläufig liegt aber, so weit sich die Dinge überblicken lassen, hierzu noch kein ähnlicher Anlaß vor. Wenigstens hat man von Massenverschiebungen der französischen Truppen nach der Ostgrenze in neuester Zeit nichts gehört, und selbst der Plan Boulanger's, die Mobilisierung eines ganzen Armeekorps bei den nächsten Landefern zu versuchen, wird, wie französische Regierungsblätter versichern, wenn er überhaupt in Ausführung kommt, nicht jene Departements berühren, die der deutschen Grenze nahe liegen. Die französischen Rüstungen machen die bleibende Streitfrage um die Grenze nicht mehr brennender, als dieselbe vor dem Beginn der Debatten im deutschen Reichstag, als die größeren Einfüsse auf einen paar Monaten gewesen ist. Weit größeres Einfluß auf die Sicherung oder Gefährdung des Friedens dürfte für die nächste Zukunft die Frage Boulanger gewinnen.“

In der Person Boulanger's gipfelt die große Bewunderung, welcher dem parlamentarischen Ministerium der Republik gegenwärtig bevorsteht, allein im Ganzen ist man noch viel zu wenig im Klaren darüber, was die

öffentliche Meinung in Frankreich will. Die „Weiserzeitung“ macht z. B. darauf aufmerksam, daß der Anfang gegen Boulanger im Wesentlichen nur von gewerkschaftlichen Politikern ausgeht, welche ihre persönlichen Gewinne bedroht glauben, während die hauptstädtische Bevölkerung der Mehrzahl nach dem General zujuist und die Provinzien wie gewöhnlich sich ruhig verhalten. Die Gleichgültigkeit jedoch, mit welcher die parlamentarischen Verhandlungen über die politischen und für die Zukunft bedeutsamen Budgetfragen allgemein hingenommen werden, beweist, daß man diesen Debatten auch in weiten Kreisen des Landes keine ausschlaggebende Bedeutung mehr beheimatet, eine Sicherung vielmehr nur von einem völligen Umschlag der Politik erwartet.

Zweitwärts sind die Zustände in Frankreich ungewisse, und zu militärischen Vorkehrungen nötigende, denn Niemand kann voraus wissen, wer in den nächsten Monaten in Frankreich das politische Steuererder in der Hand halten wird. Der Reichskanzler hat sich hierüber in seinen Reden im Reichstage unzweideutig ausgesprochen, aber von da bis zu diplomatischen Zusammentreffen und Aufrufen, wie die von den „Daily News“ gemeldeten, ist noch ein weiter Schritt. Man braucht sich nur der Geschichte der angeblichen hochmöglichen Kandidatur für den spanischen Thron aus dem Jahre 1870 zu erinnern, um zu wissen, wie vorsichtig man sein muß, wenn Aufrufe gestellt werden sollen. Die Bevölkerung, zu welchen aus Frankreich Veranlassung giebt, liegen nicht in seiner Regierung begründet, sondern in der Aufstellung einer großen und leidenschaftlich führenden Partei. Wir wissen, daß der Gedanke einer Wiedervergleitung nicht ausgegeben ist, ja daß er von Jahr zu Jahr heftiger verfolgt wird, daß er wächst mit der wachsenden Kriegsbedrohung des so gewaltig, so drohend gerüsteten Frankreichs; aber wir wissen auch, daß die bisherigen Regierungen ihr Möglichst gethan haben, mit Deutschland amtlich auf einem freundlichen Fuße zu stehen, ja oft wurde dies sogar höchst wahrscheinlich durch die innere Friedfertige Überzeugung der französischen Kabinette erleichtert und unterstützt. Deutschland ist also mit den feindlichen Leitern der auswärtigen Politik Frankreichs so gut ausgetreten, als dieß noch einem der größten Krisen, welche die Weltgeschichte kennt, nur denkbare war. Es ist daher heute noch keine zwingende Veranlassung vorhanden, bewußtigende Radikale nach Art derjenigen des „Daily News“ zu treiben. Wenn die deutsche Reichsregierung eine Vermehrung der Armee beabsichtigt, so ist dieselbe durch die überwältigenden militärischen Konstaufstellungen Frankreichs und durch die Stimmung seiner nimmermüden Bevölkerung gegeben.

## Tagesgeschichte.

\* Berlin, 25. Januar. Se. Majestät der Kaiser hatte gestern eine längere Besprechung mit dem Reichs-

kanzler Fürst v. Bismarck.

Bei der Feier des 60-jährigen militärischen Dienstjubiläums seines Kommandierenden Generals des IV. Armeekorps, Grafen v. Blumenthal, welches derselbe Kaiser bestimmt, folgte am 30. Juli d. J. begeht, werden die Offiziere, Militärs und die höheren Beamten des IV. Armeekorps dem Jubiläum auch ein äußeres Zeichen der Berechnung und des Respekts überreichen; es hat sich bereits eine aus höheren Offizieren und dem Intendanten des Armeekorps befindende Kommission gebildet, welche die nötigen vorbereitenden Schritte in dieser Angelegenheit thut wird.

Die von uns gestern gemeldete Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, daß er die von der „Daily News“ ausgestreute Nachricht, Deutschland

der mit Wald bewachsenen Berge, die sich auf allen Seiten und in unmittelbarer Nähe vor ihnen erheben, zu genießen.

Schen S., daß da ist der Wendelstein.“ jagte Jodel, indem er mit dem Finger auf den König der Berge zeigte, den sie von ihrem Platze aus in seiner ganzen Majestät erblickten, „und wenn Sie ein gut's Aug' hab'n, dann müssen Sie auch das kleine Kapellchen sehen, das ganz oben auf dem Gipfel steht.“

„Wirklich?“ sagte die Materin, „wird Si doch nicht mir zugeben, daß Sie das hier nicht wissen.“

„Am Sonntag ist 's Leonhardifest; da wird's weiter zugehen um das Kirchdorf herum!“

„Wie?“ rief die Materin, „wird Si doch nicht wissen? Im Kalender, glaub' ich, ist der Namenstag dieses Heiligen doch im November angeführt?“

„Ja, das ist schon so, da haben Sie ganz recht“, rief die Materin, „aber bei uns wird das Leonhardifest halt schon alleweiß am Sonntag nach Totsonntag gefeiert, weil an dem Tag die Kapell'n eingeweiht werden.“

„Wo?“ fragte die Materin, „wird Si doch nicht wissen?“

„Wo?“ rief die Materin, „wird Si doch nicht wissen?“

„Wo?“ rief die Materin, „wird Si doch nicht wissen?“

habe beschlossen, von der französischen Regierung Aufklärungen über Truppenbewegungen an der Grenze zu verlangen, für falsch halte, findet heute ihre Bestätigung durch die „Nord. Allg. Zeit.“ Das Blatt schreibt: „Wir sind in der Lage, die Ansicht Herrn Goblets zu bestätigen. Die Mitteilung der „Daily News“ beruht auf einer Erfahrung. Es ist unmöglich, daß Deutschland beschlossen habe, von Frankreich Ausschlüsse über Truppenansammlungen zu verlangen.“

Das preußische Abgeordnetenhaus hat gestern begonnen die Besprechung der vorliegenden Vorlage anlässlich der Beratung des Gesetzes des Ministeriums des Auswärtigen fort.

Dr. Guicciardis (nat. lib.) in der Meinung, daß die geplante Debatte des Kampf der Wahlzeit gegen die Regierung gewesen sei. Reuter erinnert an die deutschfranzösischen Anträge zur Militärvorlage und zieht den Schluss, daß es der Reichstagsteil mit der Befreiung der roten Summe nie ernst gewesen sei, sondern er selbst Watzdorf habe wollen. Das Entweder des Reichstags werde durch das Spottmotto nicht angegriffen. Für eine periodische Befreiung könnten freilich, wie er nicht versteht, Gründe angeführt werden und er wolle die Hoffnung nicht aufgeben, daß in künftiger Zeit eine Reduktion der Preise eintritt. Die Sozialdemokratie trete in den Konflikt ein. Reuter sieht die Regierung von den Monopolen zu widerstreiten, es könnte der Staat, daß die Nationalliberalen kommen würden, das nicht annehmen. Auch Reuter sagt, daß Bismarck wieder an den parlamentarischen Arbeitssiegereichen, die anderen Nationalliberalen hätten schon früher gegen das Monopol gekämpft. Auch Bismarck habe in Hannover sich entschieden gegen die Monopole ausgespielt. Die Nationalliberalen dachten nicht an die Bevölkerung des allgemeinen Staatsrechts. Auch dieser Fall habe Dr. Bismarck vorgezeichnet und in Hannover aufgegriffen, daß eine jährliche Bevölkerung nicht gehoben werden könnte. Die vierte Legende besteht darin, daß es die Initiative des Reichstags durch das Vorgehen im Landtag geändert werden sollte. Diese werde nur durch die Opposition geändert, gerade die Nationalliberalen schlagen die Initiative des Reichstags. Reuter hält den Sozialdemokraten ein langjähriges Endemuster vor und wird hierbei durch den Redner des Abg. Dr. Alex. Meyer unterbrochen, auf den er sehr erwartet. Die fraktkreisige Haltung habe man der Sozialdemokratie nicht so häufig angetroffen, weil sie die Majorität nicht beansprucht habe, jetzt, wo die Entscheidung in ihrer Hände gelegt sei, würde sich im Volke eine Gegenreaktion gegen die Sozialdemokratie. Das kontraktive-nationalliberale Wahlrecht sei ein Appell an die Freiheit der Wähler, daß die Sozialdemokratie durch die Wahlkämpfe durchgesetzt vorgegangen. Wenn die öffentliche Meinung nicht wieder unterschreitet, so würde vom Reichstag des Kulturkampf wieder aufgenommen werden. Das Zentrum habe nie mit den Sozialdemokraten ein Bündnis gehabt und werde es auch nicht haben, weil die Sozialdemokratie das Zentrum als seinen stärksten Feind betrachtet. Der Papst sei ein Feind gesetzlicher Tendenzen, und die Katholiken halten in seinem Sinne. Der Papst würde sich in innere Unruhen eines Landes nicht einsetzen, Reuter wünscht, daß der Reichskanzler auf den Papst höre und seine kulturförderliche Regung aufgebe.

Dr. Windthorst beteuert, daß die von dem Vorredner so wenig Anerkennung für das, was der Reichskanzler zu Gunsten einer Durchsetzung der Kirchenregierung logt, gehabt habe. Nachdem der Reichstag abgewählt habe, hätten seine Verhandlungen durch die geplante und heutige Debatte an Bedeutung gewonnen. Die Freiheit und das Recht der Kirchenregierung habe, jetzt so wie die Kirchenregierung, die Rechte und die Pflichten des Reichstags eingehabt werden können, würde man erwidern, es verhindert nicht abzusehen. Die Behauptung des Reichskanzlers, daß das Recht der Kirchenregierung verfolgt, wird Reuter zurück und rief das Urteil der Geschichte dafür an. Vielleicht sei der Reichskanzler durch Unkenntnis des Kulturkampfes bestimmt vorgegangen. Wenn die öffentliche Meinung nicht wieder unterschreitet, so würde vom Reichstag des Kulturkampf wieder aufgenommen werden. Das Zentrum habe nie mit den Sozialdemokraten ein Bündnis gehabt und werde es auch nicht haben, weil die Sozialdemokratie das Zentrum als seinen stärksten Feind betrachtet. Der Papst sei ein Feind gesetzlicher Tendenzen, und die Katholiken halten in seinem Sinne. Der Papst würde sich in innere Unruhen eines Landes nicht einsetzen.

Nachdem sich die Dame hatt geschenkt hatte an dem herlichen Bilde, schritten sie weiter auf der Hochebene und erreichten nach einer Weile die Spiegelalm.

Nicht weit von der Spiegelalm entfernt, ruhten in Friedlicher Nachbarschaft fünf Hütten nebeneinander und viele stattliche Kühe, mit Klingenden Schellen am Halse, lagen und standen auf dem grünen Rahmen umher. Eine alte, grauhaarige Semmerin, mit ziemlich verwitterten Augen, war vor einer der Hütten mit Geschirrputzen beschäftigt und beobachtete erstaunt mit der Hand die Augen, als sie das Paar näher kamen.

„Grüß Gott, Herrn“, sagte der Bursche. „Was kommt dir denn Deine Aug' got so arg an? Kennst mich am End' got nimmer?“

Die Materin zuckte die Hände und von der Lachenden, vom Sonnenlicht überglänzten Wangen ausbreitete, schwiegen ihre Blicke zu den grotesken Felsenbüppen des Jägerkamms und der Brederspitze hinüber, die sich auf beiden Seiten neben ihnen erhoben. Jodel stand neben der Dame und bemerkte mit großer Genugtuung die Bewunderung, die sich auf ihrem Antlitz zeigte.

„Sie strahlten Blinde auf dem Platze auf,“ sagte die Materin, „

Monopol seiner Partei ansiehe. (Heiterkeit.) Die Ausbildungen der freimütingen Parteien seien knapp, die freimütingen Wähler werden unruhig. Die Wölter würden und wollen sich empören. (Heiterkeit.) Die Krone in ihrer Weisheit könnte nur erhalten werden, wenn sie ihre Weisheit fortsetzen hätte. (Heiterkeit rechts.) Rüster habe auch gehörig proklamiert: Fort mit dem Reichstag! Denn würden dann werden sie die Wirkung sehen. Die gefürchtete Rüster habe der früheren Schlagwut entgegengesetzt und sei verpunkt. Wo sei die Freiheit des armen Mannes gebürgert? Die Verfassung selbst befreite die freimütingen, doch ihre Ausübung vom Budgetrecht des Reichstags nicht zuließ. Rüster versteht nicht, daß die katholische Kirche auf sozialem Gebiet viel geleistet habe, stellt dieser These aber gegenüber, daß der Kaiser und Bismarck durch Erangnahme der Sozialreform höher stehen. Das Ausland würde sich lächeln, aus dem Kriegswirte im Reichstage einen gerechten Schluß auf die Zukunft des deutschen Volkes zu ziehen, aber die Parteien töte doch die Beratungsfreiheit, den Ausland das traurige Schauspiel geboten zu haben. Unter Beratung liegt der Kriegsspiel zu nennen.

Abg. Rinteler rechtfertigt die Haltung des Zentrums in der Wissenschaftsfrage.

Abg. Gremer macht der Opposition den Vorwurf, die öffentliche Meinung vernachlässigt zu haben, und wirft die Frage dahin zu, daß das Volk in der Wissenschaftsfrage darüber zu entscheiden habe, ob es zu den bürgerlichen Interessen mehr Vertrauen als zu den Oppositiionsparteien haben sollte. Die Oppositiion mache dem Auslande Blut, was anzugeben. (Sehr wahrsch.) Das allgemeine Wahlrecht werde nicht immer in jedem gewünschter Weise ausgeübt. Das Deutsche Reich dürfe der Neutralität der Staaten nicht überantwortet werden. Wenn Bismarck den Vorwurf gemacht werde, er wolle mit den Parteien, so habe er entgegen, daß die freimütingen zwar nicht mit den Parteien, aber mit den Bürgern stimmen mögen. (Heiterkeit.) Das Programm der Fortschrittspartei ist alt, 1864, 1870 feien an demselben Punkt vorübergegangen. Wenn die Sozialdemokraten dem Zentrum stehen, keine Schlüsse durchzuziehen, so hätte Dr. Bismarck nichts gegen die Gemeinschaft mit ihnen. Die Verfassung sei unter der Regierung des preußischen Königsstandes ausgeschlossen, also bei den Parteikämpfern der Opposition. Rüster beschreibt die Kirchenpolitik, das konservativ-national-liberale Wahlbündnis und die „Reichsfeindschaft“ der Oppositiionsparteien.

Damit wurde dieser Gegenstand verlassen. Die übrigen Verhandlungen boten kein allgemeines Interesse.

Die internationale Friedens- und Freiheitsliga hat sich herausgenommen, unter dem 20. d. Märs. von Genf aus einen „Appell an die deutschen Wähler“ zu richten, der nach Überzeugung der „Staatsbg. Big.“ lautet:

„Deutsche Wähler! Der Reichstag ist aufgelöst. Sie seit berufen, ein neues Parlament zu wählen. Die deutsche Nation ist also unverzweigt in die Möglichkeit versetzt, ihre Freiheiten wiederzuerlangen, den unumstößlichen Grundgesetz zu erneuern, nach welchem Gesetz vor Recht geht und, indem für die eigene Autonomie ganz bestrebt, allen Völkern die Garantie zu geben, daß Deutschland aus lokaler Weise bei den anderen die gleiche respektieren wird, deren volle Ausübung es für sie festlamiert. Wähler, ergebt die Gelegenheit, nupf die Minuten aus, in der Ihr die Herren sind. Stellt das internationale Vertrauen wieder her, macht die Entwicklung möglich! Stellt Euch ruhmvoll an die Seite Europas, nicht abgesondert, die entschlossen sind, die Politik der Verbindung und des Friedens auf der Gerechtigkeit und Freiheit zu gründen! Wir laden Euch wahre Glückwunsche!“

Wem das deutsche Volk den ihm hiermit angebotenen Schimpf verdonkt, bemerkte hierzu die „Nord. Allg. Big.“, ergiebt sich aus der Thatache, daß gleichzeitig der Vorsitzende des Vollzugsausschusses des internationalen Schiedsgerichts und Friedensvereins, Mr. Hodgson Pratt, für die Verteilung Elsass-Lothringens von Deutschland unter der Form der Neutralisierung der Reichsfläche arbeitet und in Exeterhall zu London die Überzeugung aussprach: Die deutsche Demokratie werde bereitstehen der Bevölkerung von Elsass-Lothringen es anheimzugeben ihr eigenes Schicksal zu bestimmen. Denn er glaubte den Erfolg, welchen er, Mr. Pratt, in Deutschland bereits gehabt habe, sei ein Beweis, daß die öffentliche Meinung in diesem Sinne mehr und mehr wachse, sich fühlbar mache und schließlich durchdringen werde. Beide Thatachen zusammenhängend, wird der deutsche Wähler zu würdigen wissen, was die patriotisch-nationale Phrasen unserer geliebten Demokratie wert sind, wenn er sich vergegenwärtigt, welche Hoffnungen die Phantasien der Friedens- und Freiheitsliga auf sie legen.

Über die von Bonn aus angeregte Einigung der evangelischen Theologie-Studierenden Deutschlands gegen die Militärfreiliegung der Geistlichen ist, wie der „Kölner Big.“ geschrieben wird, erst jetzt ein abföhlender Bericht möglich, da bis zur Stunde von einigen Universitäten jede bestimmtere Nachricht über den Erfolg oder Mißerfolg der Bewegung fehlt. Nach den bisher eingelauften Berichten steht sich das Ergebnis wie folgt: Berlin mit 400 Unterrichtsstunden; Bonn 88; Erlangen 211; Gießen 73; Göttingen 80;

„Wör“ auch kein Wunder“, entgegnete die Alte, indem sie die Hand wieder sinken ließ und in ihrer Arbeit fortfuhr, „macht Dich ja rat gung in der letzten Zeit! Die Burg wird Dir die Leute annehmen lassen, wenn's Dich wieder einmal sieht!“ —

Der Burthe lachte etwas verlegen. „Ja's net dabeiheim, die Burg!“ fragte er dann.

„Na, 's hat sich eine Kuh versteig'n, sagte die Alte, „die suchen's jetzt, sie und der Girol, der Hüterbub.“

Der Burthe atmete, wie es schien, etwas erleichtert auf bei dieser Nachricht. „Sag' ihr, ich los' sie gräßen; wenn sie heimkommen“, sagt er. Ich muß in die Valepp hinüber, kom' aber schon am Abend, wenn ich wieder zurück geh', ein bißchen zu Euch in den Heimgarten. B'hat' Gott beweit!“

(Fortsetzung folgt.)

**Bildhauer.** Die in Sachsen lebenden Künstler dieses Landes machen wie auch an dieser Stelle auf eine von hiesigen akademischen Städteln erlassene „Anforderung zur Bewerbung um die Ausführung plastischer Kunstwerke für die Nikolaikirche in Löbau“ aufmerksam. Wie wiederholten den allgemeinen Teil dieses Ausschreibens, welcher lautet: „Um Kosten des Kunstfonds sollen für das Hauptportal der umgebauten Nikolaikirche in Löbau auf der Nordseite fünf Statuen, in Sandstein oder französischem Kalkstein ausgeführt, im Wege der öffentlichen Bewerbung beschafft werden, nämlich für die mittelste

Giebelflasche 276; Holle 300; Jena 26; Kiel fast die ganze Fakultät (keine bestimmte Zahl gemeldet); Heidelberg 38; Leipzig 324; Marburg 115; Kloster 49; Straßburg 50; endlich Tübingen mit 227 Unterschriften. In Breslau und Königgrätz wurde die Beweitung verschliefen eingeleitet und hat wenig Erfolg gebracht. Es ergiebt sich damit, daß sich an Bonn angeschlossen alle 17 Universitäten Deutschlands, auf denen evangelisch-theologische Fakultäten sind, mit zusammen mehr als 2280 Unterschriften. Besteht man dabei in Rechnung, daß das ganze Unternehmen wegen der Kürze der Zeit unerhörte Panik ein. Erstere Angelegenheit bezeichnend, kann man sagen, daß dieselbe nicht spurlos vorübergehen wird, wie auch dieser Landtagsbeschluss kaum das letzte Wort in derselben Sache sein dürfte. Sie zeigt den kleinen Geist, welcher besonders die Vertreter der Landgemeinden beherrscht, welche den Aufschwung der großen Reichshauptstadt mit schiefem Auge ansehen, sie ist ein Zeichen für den allgemeinen Antagonismus des bürgerlichen Standes gegen die großen Städte. Der Landtagsbeschluss hat in hiesigen politischen Kreisen tiefschlagende Auswirkung hervorgerufen. Es verlaeutet nun, daß die Abgeordneten von Wien in dieser Sache Stellung nehmenden wollen, um Wien der stets militärischen Bedrohung durch den Landtag zu entziehen. Es verlaeutet sogar, daß von demokratischer Seite der Antrag gestellt werde, die Hauptstadt als reichsunmittelbar zu erklären. (!) Über die Ursachen der geschilderten Börsenpanik ist man noch nicht im klaren. Den Auschlag gab wohl die Nachricht der „Daily News“, die deutsche Regierung habe in Paris über die Bedeutung der Truppenversammlungen an der Ostgrenze angefragt; aber dieses Dokument allein vermag nicht den argen Kurzsturz auch der solidesten Papieren zu erklären. Selbst steht sich um mehrere Gulden. Es ist anzunehmen, daß die Spekulation mit beigetragen hat, die kurtschlagende Kündigung zum Schaden des eritreiten Publikums auszunützen. Ein hiesiges Blatt berechnet den Kapitalverlust des gestrigen Tages mit ungefähr 60 Millionen Gulden! Das seit Monaten schon in Kriegsfurcht schwelende Publikum ist eben nervös geworden. — Im ungarnischen Abgeordnetenhaus ist die Budgetdebatte noch immer nicht zu Ende geführt. Offiziell wird gemeldet, daß der Rücktritt des Finanzministers Grafen Szapary noch nicht beschloßene Sache sei und daß die Gerüchte, welche Koloman Szell als dessen Nachfolger nennen, unbegründet sind. Nichts desto weniger darf man Szaparys Demission als sicher annehmen; sie erfolgte nur deshalb nicht bisher, weil eben sein Nachfolger erst offiziell zu machen ist. Zeitungsnotizen nannten Dr. Balács, den Direktor eines bedeutenden ungarischen Geldinstitutes, als ernsten Kandidaten.

**Paris.** 25. Januar. Auch die heutigen Morgenblätter bestätigen die Äußerungen des Ministerpräsidenten Coblet und des Ministers des Äußern, daß keinerlei diplomatisches Schriftstück hier eingeht, welches voraussehen ließe, daß Deutschland Ausschlüsse wegen angeblicher Truppenbewegungen von Frankreich verlangen wolle, und daß daher die beobachtete Nachricht des englischen Blotes unrichtig sei. Es verlaeutet ferner, Coblet werde die nächste Gelegenheit ergreifen, um diesbezüglich bündige Erklärungen von der Tribune herab abzugeben.

In Paris erregt augenblicklich eine Flugschrift des Großen Chambord einen gewissen Aufsehen. Der in der diplomatischen Welt wohlbekannte Verfasser ist Monarchist; trotzdem schenken die gemäßigten republikanischen Blätter seinen Ausführungen einige Aufmerksamkeit.

Er beschreibt sich hauptsächlich mit der auswärtigen Politik und empfiehlt an das nämliche ein Bündnis mit England. Dabei soll aber Frankreich in den heissen Beziehungen mit Deutschland bleiben und die Freundschaft mit England denunzieren. Was die innere Verhältnisse Frankreichs betrifft, so befiehlt Chambord, daß über es verfügt habe, die Menschen wiederhergestellt. Heute sei es noch den geforderten Verfugungen von 24. Mai 1873 und vom 16. Mai 1877 nicht gut möglich, einen neuen zu unterschreiben. „Die Republik“ sagt der Verf., „ist die Regierungsort, welche wir errichten müssen. Aber die Schwäche des gegenwärtigen Systems führt uns zum Radikalismus, und das ist eine Gefahr, die wir vermieden müssen.“ Er befiehlt Johann die Bildung einer neuen großen Partei aus den Genossen der Unten und der Rechten. Kein neuer Vertrag, denn er ist in letzter Zeit wiederholzt gemacht worden, aber nie kan er, wie das neue Journal des Dr. Dass“ bemerkt, so sehr zur letzten Zeit. Die gemäßigten Republikaner münzen nachgezogene einen Widerwillen gegen jede Allianz mit den Radikalen ein und sich fragen, wohin der jüngste Aufstand führe und ob nicht eines Tages eine militärische Division der Freiheitlichkeit der Kavallerie ein Ziel vereinigt. Leider ist, wie das „Journal des Dr. Dass“ selbst gesteht, seine Hoffnung auf die Bildung einer neuen und lebhaften Kameradschaft verhindert. Die im Verborgenen schleichende

wird erwartet. Wie aber bereits bekannt ist, bleibt er nicht in Sophia, sondern geht von dort nach Konstantinopel, wo er mit den beiden anderen Mitgliedern der Deputation wieder zusammenentreffen wird.

**Wien.** 25. Januar. Der gestrige Tag war reich an Ausregungen. Während im Landtagssaale die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Landgemeinden der Reichshauptstadt die auch von der Regierung gutgeheime Vermehrung der Abgeordnetenzahl um zwei verweigerten, trat an der Börse eine seit langer Zeit unerhörte Panik ein. Erstere Angelegenheit bezeichnend, kann man sagen, daß dieselbe nicht spurlos vorübergehen wird, wie auch dieser Landtagsbeschluss kaum das letzte Wort in derselben Sache sein dürfte. Sie zeigt den kleinen Geist, welcher besonders die Vertreter der Landgemeinden beherrscht, welche den Aufschwung der großen Reichshauptstadt mit schiefem Auge ansehen, sie ist ein Zeichen für den allgemeinen Antagonismus des bürgerlichen Standes gegen die großen Städte. Der Landtagsbeschluss hat in hiesigen politischen Kreisen tiefschlagende Auswirkung hervorgerufen. Es verlaeutet nun, daß die Abgeordneten von Wien in dieser Sache Stellung nehmenden wollen, um Wien der stets militärischen Bedrohung durch den Landtag zu entziehen. Es verlaeutet sogar, daß von demokratischer Seite der Antrag gestellt werde, die Hauptstadt als reichsunmittelbar zu erklären. (!) Über die Ursachen der geschilderten Börsenpanik ist man noch nicht im klaren. Den Auschlag gab wohl die Nachricht der „Daily News“, die deutsche Regierung habe in Paris über die Bedeutung der Truppenversammlungen an der Ostgrenze angefragt; aber dieses Dokument allein vermag nicht den argen Kurzsturz auch der solidesten Papieren zu erklären. Selbst steht sich um mehrere Gulden. Es ist anzunehmen, daß die Spekulation mit beigetragen hat, die kurtschlagende Kündigung zum Schaden des eritreiten Publikums auszunützen. Ein hiesiges Blatt berechnet den Kapitalverlust des gestrigen Tages mit ungefähr 60 Millionen Gulden! Das seit Monaten schon in Kriegsfurcht schwelende Publikum ist eben nervös geworden. — Im ungarnischen Abgeordnetenhaus ist die Budgetdebatte noch immer nicht zu Ende geführt. Offiziell wird gemeldet, daß der Rücktritt des Finanzministers Grafen Szapary noch nicht beschloßene Sache sei und daß die Gerüchte, welche Koloman Szell als dessen Nachfolger nennen, unbegründet sind. Nichts desto weniger darf man Szaparys Demission als sicher annehmen; sie erfolgte nur deshalb nicht bisher, weil eben sein Nachfolger erst offiziell zu machen ist. Zeitungsnotizen nannten Dr. Balács, den Direktor eines bedeutenden ungarischen Geldinstitutes, als ernsten Kandidaten.

**Paris.** 25. Januar. Auch die heutigen Morgenblätter bestätigen die Äußerungen des Ministerpräsidenten Coblet und des Ministers des Äußern, daß keinerlei diplomatisches Schriftstück hier eingeht, welches voraussehen ließe, daß Deutschland Ausschlüsse wegen angeblicher Truppenbewegungen von Frankreich verlangen wolle, und daß daher die beobachtete Nachricht des englischen Blotes unrichtig sei. Es verlaeutet ferner, Coblet werde die nächste Gelegenheit ergreifen, um diesbezüglich bündige Erklärungen von der Tribune herab abzugeben.

In Paris erregt augenblicklich eine Flugschrift des Großen Chambord einen gewissen Aufsehen. Der in der diplomatischen Welt wohlbekannte Verfasser ist Monarchist; trotzdem schenken die gemäßigten republikanischen Blätter seinen Ausführungen einige Aufmerksamkeit.

Er beschreibt sich hauptsächlich mit der auswärtigen Politik und empfiehlt an das nämliche ein Bündnis mit England. Dabei soll aber Frankreich in den heissen Beziehungen mit Deutschland bleiben und die Freundschaft mit England denunzieren. Was die innere Verhältnisse Frankreichs betrifft, so befiehlt Chambord, daß über es verfügt habe, die Menschen wiederhergestellt. Heute sei es noch den geforderten Verfugungen von 24. Mai 1873 und vom 16. Mai 1877 nicht gut möglich, einen neuen zu unterschreiben. „Die Republik“ sagt der Verf., „ist die Regierungsort, welche wir errichten müssen. Aber die Schwäche des gegenwärtigen Systems führt uns zum Radikalismus, und das ist eine Gefahr, die wir vermieden müssen.“ Er befiehlt Johann die Bildung einer neuen großen Partei aus den Genossen der Unten und der Rechten. Kein neuer Vertrag, denn er ist in letzter Zeit wiederholzt gemacht worden, aber nie kan er, wie das neue Journal des Dr. Dass“ bemerkt, so sehr zur letzten Zeit. Die gemäßigten Republikaner münzen nachgezogene einen Widerwillen gegen jede Allianz mit den Radikalen ein und sich fragen, wohin der jüngste Aufstand führe und ob nicht eines Tages eine militärische Division der Freiheitlichkeit der Kavallerie ein Ziel vereinigt. Leider ist, wie das „Journal des Dr. Dass“ selbst gesteht, seine Hoffnung auf die Bildung einer neuen und lebhaften Kameradschaft verhindert. Die im Verborgenen schleichende

wird erwartet. Wie aber bereits bekannt ist, bleibt er nicht in Sophia, sondern geht von dort nach Konstantinopel, wo er mit den beiden anderen Mitgliedern der Deputation wieder zusammenentreffen wird.

**Wien.** 25. Januar. Wie wir bereits gemeldet, hat Kaltischef vorgestern auf der Durchreise nach Sophia Wien passiert. Er kam vorgestern morgens mit kurzer Frist. Es sind diejenigen verurteilten Sozialisten, deren Strafe durch die Vorhalt für verbürgt gilt, und Würte, deren Wirtschaften sozialistische Sammelpunkte gewesen sind.

**Strassburg** in C. 25. Januar. (W. T. B.) Die Signungen des Landesausschusses von Elsass-Lothringen sind heute durch den Staatssekretär, Staatsminister v. Hohmann, eröffnet worden. Das bisherige Präsidium wurde wieder gewählt.

**Wien.** 25. Januar. Wie wir bereits gemeldet, hat Kaltischef vorgestern auf der Durchreise nach Sophia Wien passiert. Er kam vorgestern morgens mit kurzer Frist. Es sind diejenigen verurteilten Sozialisten, deren Strafe durch die Vorhalt für verbürgt gilt, und Würte, deren Wirtschaften sozialistische Sammelpunkte gewesen sind.

**Paris.** 25. Januar. Wie wir bereits gemeldet, hat Kaltischef vorgestern auf der Durchreise nach Sophia Wien passiert. Er kam vorgestern morgens mit kurzer Frist. Es sind diejenigen verurteilten Sozialisten, deren Strafe durch die Vorhalt für verbürgt gilt, und Würte, deren Wirtschaften sozialistische Sammelpunkte gewesen sind.

**Wien.** 25. Januar. Wie wir bereits gemeldet, hat Kaltischef vorgestern auf der Durchreise nach Sophia Wien passiert. Er kam vorgestern morgens mit kurzer Frist. Es sind diejenigen verurteilten Sozialisten, deren Strafe durch die Vorhalt für verbürgt gilt, und Würte, deren Wirtschaften sozialistische Sammelpunkte gewesen sind.

**Wien.** 25. Januar. Wie wir bereits gemeldet, hat Kaltischef vorgestern auf der Durchreise nach Sophia Wien passiert. Er kam vorgestern morgens mit kurzer Frist. Es sind diejenigen verurteilten Sozialisten, deren Strafe durch die Vorhalt für verbürgt gilt, und Würte, deren Wirtschaften sozialistische Sammelpunkte gewesen sind.

Ministerkreis dauert fort; indes scheint der Finanzminister Dauphin keine Lust zum Rücktritt zu haben, und der K. K. der durch das Kabinett Coblet geht, wird für den Moment zufriedig.

**Brüssel.** 25. Januar. Da in den belgischen Blättern jetzt Vorschläge auftauchen, Belgien müsse zur Wahrung seiner Neutralität Allianzverträge mit Holland und England abschließen, so erklärt sehr richtig das Regierungsbüro: Belgien habe nicht das Recht, Allianzverträge, auch keine einzulösen, abzuschließen. Ein solcher Vertrag würde die vertragsmäßigen Belgier obliegenden Verpflichtungen verlegen und die Garantiepflicht von den Verpflichtungen entbinden, die sie Belgien gegenüber eingegangen. Das Land würde dadurch, aus Verognis, seine Neutralität aufgeben.

**Rom.** 25. Januar. „Neuters Office“ meldet aus Sizilien: „Ein Trupp Abessinier hat Wassannah angegriffen, wobei 5 Italiener und 200 Abessinier getötet wurden. Die Italiener haben 1500 Männer nach Massallab entband.“ — Kardinal Jacobini hat nach der „R. et Pt.“ nicht seine Entlassung als Staatssekretär gegeben, sondern sich einfach dem Papste zur Verfügung gestellt, welcher wahrscheinlich bis zum Sommer keine Entscheidung treffen wird. Zum Nachfolger Jacobini dachte gleichwohl der Mailänder Nunzio Rampolla ernannt werden. Die Runtius bleiben bis zum Sommer auf ihren Posten. Die Verhinderung Jacobinis werden die Geschäfte des Staatssekretärs von Rocca und Galimberti geleitet. Die Ernennung des Letzteren zum Kabinett ist fast sicher. Die Wahl des Bischofs Kopp zum Fürstbischof von Breslau ist, wenn das genannte Blatt gut unterrichtet ist, fast zweitlos.

**London.** 25. Januar. Der jüngst zurückgetretene englische Schatzkanzler Lord Randolph Churchill hat seinen neuerlichen, bekanntlich von Gladstone so warm gebilligten Auspruch über die englische Finanzierung seit 1874 in einem Briefe an einen schottischen Wähler in nachfolgender Weise erläutert: „Die nationalen Finanzen wurden von 1868 bis 1874 gewißlich gut, von 1874 bis 1880 nicht so gut und von 1880 bis 1885 einfach schändlich verwaltet. Der Grund davon liegt in der parlamentarischen Demokratie, die wiederum ihrer Ursprung hat in folgenden drei Punkten: 1) In der irischen Frage; 2) in neuzeitlicher Gelehrsamkeit; 3) in unverhältnismäßiger Politik.“

**P. C. Athen.** 18. Januar. Vom Ergebnis der eben vollzogenen Neuwahlen zur Abgeordnetenkammer hängt wie niemals zuvor die innere, wie die äußere Politik des Landes, ja vielleicht selbst eine Änderung der Verfassung ab. Das Land kann niemals so wie bisher weiter regiert werden. Während 32 Millionen Griechen jährlich nur zum Dienste des ungeheuren Bauschubes von 8 und 9 Proz. und der Amortisierung der Staatsanleihen ausgeführt werden und die Staatsmaschine, in welche bisher 245 Deputierte eingriffen, zum mindesten 50 bis 55 Millionen braucht, war die Ertragsfähigkeit des von 2% Millionen Seelen bewohnten Landes in den letzten Jahren 60 bis 62 Millionen. Dabei ist zu bemerken, daß diese dümmste Bevölkerung nicht einmal die ersten Anfänge einer produzierenden Industrie kennt. Das Griechenland einen Platz einzunehmen im Range der zivilisierten europäischen Staaten, so muß es für seine Finanzen und seine Verpflichtungen ebenso Sorge tragen, wie für seine politischen Aspirationen und hierzu eine neue Bahn allgemeiner Reformen einzuschlagen. Der Anfang hierzu bildete die Wahlreform, welche das Eisenstein einführt und den diesmaligen Neuwahlen ihre Bedeutung verleiht.

Das Wahlrejukt ist zwar in seiner Gänze noch nicht bekannt, doch läßt sich schon heute sagen, daß die noch ausstehenden Ergebnisse nichts an der Thatache verändern können, daß die neue Kammer eine starke Majorität zu Gunsten der gegenwärtigen Regierung Trikupis aufweisen wird. (Dies hat sich inzwischen als völlig richtig herausgestellt. D. R.) Besonders wichtig fällt die Thatache in die Wagschale, daß die Hauptstadt des Königreiches, in welcher bisher fast ausnahmslos die oppositionellen Kandidaten den Sieg davongetragen haben, diesmal der Regierungssitz den Vorzug gegeben hat. Der Minister des Äußern, Dragumis, welcher als Kandidat aus dieser Liste figurierte, hat nach dem bisher bekannten Wahlergebnis mit 1897 Stimmen

Von der Opposition, welche bekanntlich in die drei Fraktionen Delyannis, Papamichalopoulos und Deligeorgis geteilt ist, sind unzählige Anstrengungen gemacht worden, um einen Wahlsieg zu erringen; doch wurde seitens der Regierungspartei diesmal und mit glänzendem Erfolge dieser Aktion eine energische Räuber entgegengesetzt. Die Regierungspartei drang vollständig in den Komiteen der Kolabon, von Kubba, Parissa, Phiotis und Pholos, sowie in jener von Zante durch. Selbst die Komitee von Arkadien, die man stets als die ausschließliche Domäne der Opposition zu betrachten gewohnt war, und die zwar auch diesmal dem Chef der Opposition, Delyannis, ein Mandat gegeben hat, wählte mit der nächsthöheren Stimmenzahl den Unterrichtsminister Manetas. In Korfu erhielt die meisten Stimmen der Marineminister Theotolis, wiewohl kurz vorher seine Wahl als höchst zweifelhaft erschienen war. Nur die Komitee von Methoni und Argos blieben der Regierungspartei verschlossen; denn dort drangen ausschließlich oppositionelle Kandidaten durch. Dieses Ergebnis zeigt nicht nur von der Populärität, welcher sich das Kabinett Trikoupis erfreut, sondern liefert auch den Beweis, daß die im vorigen Jahre durch das damalige Ministerium Delyannis eröffnete Großmachiopolit mit ihren für das ganze Land schweren Folgen den Wählern die Augen gesperrt hat. Diese Thatjahr hoffen, daß das griechische Volk den Weg friedlicher Reformen und der inneren wirtschaftlichen Entwicklung betreten will.

\* Konstantinopel, 23. Januar. Bankoff hat seine Darlegung der Verhältnisse in Bulgarien und seine Vorschläge zur Löschung der bulgarischen Frage in die Form einer Denkschrift gelegt, welche er am 20. d. Monats im Nr. 19 dieses Blattes telegraphisch mitgeteilte Meldung der „Agence Havas“ über den Inhalt dieser Vorschläge erweist sich der Haupttheile nach als richtig. Die Denkschrift bewegt sich nämlich auf nachstehendem Grundlage: Rücktritt und Entfall der Regentschaft, da eine solche durch die bulgarische Verfassung nur für den Fall der Wiederjährigkeit des Fürsten vorgesehen sei; Bildung eines neuen Ministeriums unter Voritz eines Banatoffisten und Belebung der Portefeuilles des Innern und des Außen mit Mitgliedern der Banatoffischen Partei; Beratung eines russischen Generals zur Leitung des Kriegsministeriums, wenn möglich des Generals Kantakuzene, der diesen Posten bereits besiedelt; Nachbeschreibung neuer Wahlen für die Sobranie zum Ende der Fünfjahreswahl und Annahme des von Russland vorgelegten Kandidaten; allgemeine politische Amnestie und Wiedereinführung der aus politischen Gründen aus dem Lande befindlichen Offiziere und Funktionäre in ihre früheren Stellungen; Verabschiedung aller ausgedienten Soldaten und Erziehung derselben durch die neu ausgebildete Mannschaft sofort nach Installation des neuen Fürsten; Notwendigkeit einer Revision der bulgarischen Verfassung.

Die Vorteile hat nicht die Absicht, diese Denkschrift zu beantworten oder sich für die unbedingte Annahme ihrer Vorschläge einzuspielen. Sie betrachtet dieselbe als eine Unterlage für ihre Verhandlungen mit der bulgarischen Abordnung, welche Sonnabend, den 29. d. Monats, ihren Beginn nehmen sollen. Es scheint, daß die bulgarische Regierung einige dieser Vorschläge anzunehmen, anderen dagegen entschieden entgegneten zu können ist. Die Bildung von Banatoffisten im bulgarischen Ministerium, wenn auch nicht zum Vorsteuere des Innern, schent man in Sophia prinzipiell zuzugehören, dagegen dem Eintritt Bankoffs selbst bisher Widerstand zu leisten.

## Ernennungen, Verschungen u. im öffentlichen Dienste.

Departement des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Angestellt wurden im IV. Quartal 1886 im Schulinspektionsbezirke:

I. Nauburg: 1) Eduard Maximilian Anger, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer in Königswalde.

II. Nauburg: Vacant.

III. Nauburg: 1) Gustav Adolf Kaher, zeicher 2. ständiger Lehrer in Göda, als Kirchschullehrer derselbst; 2) Ernst Ferdinand Langner, zeicher Lehrer in Großröderode, als Kirchschullehrer in Schmölln; 3) Hermann Albin Marschner, zeicher Lehrer in Großröderode, als ständiger Lehrer in Zsoszen.

IV. Nauburg: 5) Gustav Albin Schmidt, zeicher Lehrer in Weberschlebenberg, als Kirchschullehrer in Hohenau; 6) Gustav Hauffe, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

des von Archivrat Dr. Hubert Ermisch bearbeiteten „Urkundenbuches der Stadt Freiberg“ und behandelt ausschließlich Bergbau, Bergrecht und Münze dieser Stadt. Wohl ist über den Freiberger Bergbau, der ja lange Zeit hindurch eine wesentliche Quelle des Wohlstands für das Meißner Land und seine Bürger bildete, bereits viel geschrieben worden; allein erst eine so vollständige Sammlung von allem darauf bezüglichen, zum Teil weit zerstreuten Quellenmaterial, wie sie hier mit bekannter Sorgfalt veranstaltet worden ist, wird von jetzt an eine gründliche und erschöpfende Bearbeitung des gesamten sächsischen Bergwesens während der ersten 3 Jahrhunderte seines Bestehens ermöglichen. Es sind außer den eigentlichen Urkunden vornehmlich die ältesten, aus dem 14. Jahrhundert stammenden Aufzeichnungen des zu Freiberg gehörigen Bergrechtes, ferner die vom Rat der Stadt Freiberg, als der Oberbehörde in allen Bergbauen auf dem ganzen Erzgebirge, seit 1476 erteilten Urteile und die von den verschiedenen Freiberger Beamten den Landesherrn abgelegten Rechnungen über die „Münze“, welche, größten Teils zum ersten Male, jetzt veröffentlicht werden. Ein ausführlicher „Bericht“ verbreitet sich nicht nur frisch über diese einzelnen Quellenchriften, sondern fügt denselben auch über den für Richtscheute vielfach schwer verständlichen Inhalt die nötigsten Erklärungen und Erläuterungen bei. Wir erfahren, wie bei der Schau von dem Markgrafen Otto dem Reichen verbliebenen „Bergbaufreiheit“ anfangs jedermann, der dazu Neigung hatte, nach Erzen „schürten“ durfte, unter welchen Formalitäten ihm darauf sein Grubensfeld vom dem Bergmeister zugelassen wurde, welchen Gewinnanteil an der zu hoffenden Ausbeute er sowohl dem Landesherrn,

Stadt Reichsgraf, zeicher Hilfslehrer in Vogau, als ständiger Lehrer in Grumbach; 7) Karl August Krause, zeicher Lehrer in Chemnitz, als Direktor der neu gegründeten VI. Bürgerschule derselbst; 8) Hermann Oswald Pönisch, 9) August Hugo Stoß, zeicher Hilfslehrer in Chemnitz, als ständiger Lehrer derselbst.

VI. Chemnitz II.: 10) Emil Arthur Lohmann, zeicher ständiger Lehrer in Stengen, als ständiger Lehrer in Hohenau; 11) Johann Martin Steinert, zeicher Schulvater in Neuhausen, als ständiger Lehrer derselbst; 12) Otto Emil Reinhold, zeicher Schulvater in Hohenau; 13) Hermann Heinrich Höller, zeicher ständiger Lehrer in Hohenau, als ständiger Lehrer in Pockau; 14) Friedrich August Bruns Jäde, zeicher Schulvater in Unterhennersdorf, als ständiger Lehrer derselbst; 15) Emil Robert Lüder, zeicher 2. ständiger Lehrer in Liebsthal, als Kirchschullehrer derselbst; 16) Cornelius Richard Fisch, zeicher ständiger Lehrer in Pockau; 17) Hermann Emil Reinhart, zeicher Schulvater in Hohenau, als ständiger Lehrer in Pockau; 18) Wilhelm Emil Hammer, zeicher Schulvater in Langenau, als ständiger Lehrer derselbst.

VII. a. Röhrsdorfer Wald: 14) Ernst Edmund Weißer, zeicher Hilfslehrer in Altenberg, als ständiger Lehrer in Oberheide; 15) Reinhard Emil Hartwich, zeicher Hilfslehrer in Röhrsdorf, als ständiger Lehrer in Hohenau.

VIII. Töplitz: 16) Karl Bernhard Seidel, zeicher Sekretärlehrer in Grumbach, als Oberlehrer in Röhrsdorf; 17) Ferdinand Emil Hagemann, zeicher Hilfslehrer in Töplitz, als ständiger Lehrer in Pockau; 18) Wilhelm Emil Hammer, zeicher Schulvater in Langenau, als ständiger Lehrer derselbst.

IX. a. Röhrsdorfer Wald: 19) Friedrich Wilhelm Gierseler, zeicher ständiger Lehrer in Neu-Göda, als ständiger Lehrer an der evangelischen Kreishsule in Dresden; 20) Karl Louis Maximilian Schneider, zeicher Hilfslehrer an der 18. Bürgerschule in Dresden, als ständiger Lehrer derselbst; 21) Franz Wipoltz, zeicher Hilfslehrer an der katholischen Bürgerschule in Dresden, als ständiger Lehrer derselbst; 22) Richard Wohlrieder, zeicher Hilfslehrer an der 9. Bürgerschule in Dresden, als ständiger Lehrer derselbst; 23) Paul Robert Hempel, zeicher Hilfslehrer an der 2. Bürgerschule in Dresden, als ständiger Lehrer derselbst; 24) Louis Robert Hermann Soße, zeicher Hilfslehrer an der 18. Bürgerschule in Dresden, als ständiger Lehrer derselbst.

X. Dresden II. Vorstadt:

XI. Friedberg: 25) Gustav Hugo Geißler, zeicher Lehrer in Kleinreuthenberg, als ständiger Lehrer in Röhrsdorfer Wald;

XII. Friedberg: 26) Otto Theodor Weise, zeicher Privatlehrer in Leipzig, als ständiger Lehrer in Langenau; 27) Victor Erwin Biehweg, zeicher Lehrer in Chemnitz, als ständiger Lehrer in Schmölln; 28) Ernst Alwin Weise, zeicher Schulvater in Kleinreuthenberg; 29) Martin Konstantin Glash, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 30) Anton Adolf Schmiede, zeicher Schulvater in Hohenau, als ständiger Lehrer derselbst; 31) Bruno Hörlig, zeicher Schulvater in Rauden, als ständiger Lehrer derselbst.

XIII. Grumbach: 32) Hermann Seyfarth, zeicher Lehrer zu Wallerode; 33) Eduard Edmund Raumann, zeicher ständiger Lehrer in Oberhennersdorf, als ständiger Lehrer an der oberen Schule zu Wallerode; 34) Ernst Emil Robert Hammer, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 35) Johann Wilhelm Krebsmaier, zeicher Hilfslehrer in Altenberg, als ständiger Lehrer derselbst; 36) Hermann Edmund Walther, zeicher Hilfslehrer an den Bürgerschulen in Altenberg, als ständiger Lehrer derselbst; 38) Moritz Böhmer, zeicher Schulvater in Leubnitz, als ständiger Lehrer in Leubnitz; 39) Karl Richard Tauchmann, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer in Röhrsdorf; 40) Karl Robert Eichbach, zeicher Hilfslehrer in Kamenz, als ständiger Lehrer in Seifersdorf; 41) Paul Theodor Steigler, zeicher Schulvater in Thierfeld, als ständiger Lehrer derselbst; 42) Theodor Edwin Schmidt, zeicher Schulvater in Hartenstein, als ständiger Lehrer derselbst.

XIV. Grumbach: 43) Eduard Adolf Voigt, zeicher Lehrer in Roslau, als ständiger Lehrer in Göda; 44) Paul Bruno Scheller, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer in Hohenau.

XV. Grumbach: 45) Paul Oskar Stöckner, zeicher Lehrer in Rauden, als ständiger Lehrer in Röhrsdorfer Wald; 46) Paul August Clemens Kreßmann, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 47) Hermann Emil Bischler, zeicher Lehrer in Göda, als Kirchschullehrer in Grumbach; 48) Hermann Richard Böttcher, zeicher Hilfslehrer in Röhrsdorfer Wald; 49) Eduard Karl Riedel, zeicher Lehrer in Göda, als Kirchschullehrer in Grumbach; 50) Gustav Emil Bischler, zeicher Lehrer in Röhrsdorfer Wald; 51) Anton Oskar Otto, zeicher Schulvater in Röhrsdorfer Wald, als ständiger Lehrer derselbst.

XVI. Grumbach: 52) Karl Konrad Kreber, zeicher ständiger Lehrer in Schmölln, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald.

XVII. Grumbach I.: 53) Pauline Hanisch, zeicher Turnlehrerin an der Bürgerschule I in Leipzig, als ständige Hochschullehrerin für Turnen in Röhrsdorfer Wald.

XVIII. Grumbach I.: 54) Karl Bernhard Regel, 47) Ernst Emil Beder und 48) Gustav Richard Heinlein, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer in Röhrsdorfer Wald; 49) Eduard Karl Schmidt, zeicher Hilfslehrer in Röhrsdorfer Wald, als ständiger Lehrer derselbst; 50) Anton Oskar Otto, zeicher Schulvater in Röhrsdorfer Wald, als ständiger Lehrer derselbst.

XIX. Grumbach I.: 51) Hermann Gustav Böhme, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer in Röhrsdorfer Wald; 52) Eduard Hermann Rothe, zeicher Lehrer in Röhrsdorfer Wald; 53) Hermann Richard Schmidt, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

X. Grumbach: 54) Eduard Adolf Voigt, zeicher Lehrer in Roslau, als ständiger Lehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XI. Grumbach: 55) Pauline Hanisch, zeicher Turnlehrerin an der Bürgerschule I in Leipzig, als ständige Hochschullehrerin für Turnen in Röhrsdorfer Wald.

XII. Grumbach: 56) Pauline Hanisch, zeicher Turnlehrerin an der Bürgerschule I in Leipzig, als ständige Hochschullehrerin für Turnen in Röhrsdorfer Wald.

XIII. Grumbach: 57) Karl Gottlieb Döring, zeicher Kirchschullehrer in Weißböhla, als Kirchschullehrer und Oberlehrer in Göda.

XIV. Grumbach: 58) Eduard Heinrich Hilser, zeicher ständiger Lehrer in Göda, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 59) Hermann Heinrich Heinlein, zeicher Hilfslehrer in Göda, als ständiger Lehrer derselbst; 60) Hermann Bruno Bernhardt, zeicher Kirchschullehrer in Göda, als Kirchschullehrer in Grumbach.

XV. Grumbach: 61) Alexander Richard Jacob, zeicher Hilfslehrer in Dittersbach, als ständiger Lehrer in Freiberg; 62) Anton Sibomie Lang, zeicher Hilfslehrer in Göda, als Kirchschullehrer in Grumbach; 63) Ernst Julius Schleiß, zeicher Hilfslehrer in Göda, als ständiger Lehrer in Röhrsdorfer Wald; 64) Benjamin Louis Hieronymus, zeicher Hilfslehrer in Göda, als Kirchschullehrer in Grumbach; 65) Ernst Moritz Hauffe, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XVI. Grumbach: 66) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 67) Georg Wolle, zeicher 2. ständiger Lehrer in Langenau; 68) Karl Friedrich Emil Kirchner, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 69) Eduard Heinrich Höller, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach; 70) Hermann August Bruns Jäde, zeicher Schulvater in Unterhennersdorf, als ständiger Lehrer derselbst; 71) Emil Robert Lüder, zeicher Schulvater in Langenau, als ständiger Lehrer derselbst.

XVII. Grumbach: 72) Hermann Richard Fisch, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 73) Cornelius Richard Fisch, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 74) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XVIII. Grumbach: 75) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XIX. Grumbach: 76) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 77) Georg Wolle, zeicher 2. ständiger Lehrer in Langenau; 78) Karl Friedrich Emil Kirchner, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 79) Eduard Heinrich Höller, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach; 80) Hermann August Bruns Jäde, zeicher Schulvater in Unterhennersdorf, als ständiger Lehrer derselbst; 81) Emil Robert Lüder, zeicher Schulvater in Langenau, als ständiger Lehrer derselbst.

X. Grumbach: 82) Hermann Richard Fisch, zeicher Hilfslehrer in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst; 83) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XI. Grumbach: 84) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 85) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XII. Grumbach: 86) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 87) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XIII. Grumbach: 88) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 89) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XIV. Grumbach: 90) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 91) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XV. Grumbach: 92) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 93) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XVI. Grumbach: 94) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 95) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XVII. Grumbach: 96) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 97) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XVIII. Grumbach: 98) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 99) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XIX. Grumbach: 100) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 101) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

X. Grumbach: 102) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 103) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XI. Grumbach: 104) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 105) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XII. Grumbach: 106) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 107) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XIII. Grumbach: 108) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 109) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XIV. Grumbach: 110) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 111) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XV. Grumbach: 112) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 113) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst.

XVI. Grumbach: 114) Eduard Max Hehr, zeicher ständiger Lehrer in Grumbach, als Kirchschullehrer in Röhrsdorfer Wald; 115) Hermann Emil Hammer, zeicher Schulvater in Grumbach, als ständiger Lehrer derselbst

Betriebs-Uebersicht der Königlich Sächsischen Staats- und der in Staatsverwaltung befindlichen Privateisenbahnen.  
vom Monat November 1886.

Bahnlinien	Strecke + Stenge	Personen- und Gepäck-Beförderung						Güter-Beförderung										Gesamt-Einnahme aus dem Personen- und Gepäck- und Güterverkehr										
		Dienst- bediente Personen	Beförde- rte Personen	Beförde- rte Gepäck	Beförde- rte Gut	Einnahme		Güll- und Gepäckgut	Gütergut				Mil- itar- gut auf Requisi- tions- basis	Geach- tlichtiges Dienstgut	Summe des Gewichts	Güter				Einnahme		Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit			
						Gehalts- gelder und Grunder- lösen	Gehalts- gelder und Grunder- lösen	gebrach- tiges Gut	nicht auf eigene Rech- nung	gewöhnliches Gut	Güter- gegen- stand	Wagen- ladungs- gut	Reise- zettel und Karten	nicht eigenes Ziel- ortes- tanz- abreise- rechte- schein	Pferde	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit	Reis- zeit		
		km	Zugahl	kg	Sthd	Sthd	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg	Sthd	kg
Staats-Eisenbahnen		2247,20	1 862 261	1 494 085	4 860	55	1 708 151	46	351 478	0 000 416	72967395	990 250 810	16	67	137	230 730	25 574 940	1096814290	222	134,5	777	974	2522,5	110 680 40	372967833	106 188 90	5 604 460	16 608 631 467 72
Sta. v. g. Monat 1886		2208,20	1 747 425	1 425 061	4 196	54	1 619 731	47	145 507	4 191 525	6766250	913 938 845	16	97	108	181 490	10 784 195	100744708	227	132,5	559	970	2190,0	198550 41	3549030	16 196 887 38	5 365 294	61 599 3085 22
bisher 1886	mehr ..	28,90	114 886	69 024	164	.	88 419 99	205 97	670 890	.	5 001 145	68 857 565	.	.	29	49 240	14 790 745	89 869 585	.	.	178	.	332,5	.	180 648 17	.	239 170 65	822 761 50
bisher 1886	weniger ..	.	.	.	.	1	.	.	.	.	.	.	.	.	30	.	.	.	.	5	8,5	1	.	17870	1	.	30 098 48	.
Private-Eisenbahnen																												
Sittau - Reichenberg		27 888	38 340	45	.	15 753 84	240	137 465	.	2 897 540	20 534 200	.	.	2	.	.	23 569 205	.	.	2	27	9	200	.	86 051 96	2 211 06	54 019 25	588 562 10
Sta. v. g. Monat 1886		24 488	29 390	26	.	12 829 40	.	116 320	.	2 675 540	19 213 710	.	.	.	.	.	22 006 570	4	.	2	.	14	470	.	84 012 46	1 335 71	48 177 57	554 951 01
bisher 1886	mehr ..	.	3 396	8 950	20	.	2 924 44	240	21 145	.	222 000	1 320 490	.	.	2	.	.	1 563 635	.	.	27	.	.	.	2 089 49	575 55	5 841 68	27 612 09
bisher 1886	weniger ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	.	.	5	270	.	.	.	.
Altenburg - Zeis		20 980	12 160	21	.	8 038 75	.	87 270	.	1 523 830	41 137 460	.	.	.	7 765	.	42 756 265	1	3	15	7	14,0	.	1	43 817 14	24 645 25	76 501 19	816 154 93
Sta. v. g. Monat 1886		20 145	10 500	21	.	7 637 27	.	58 570	.	1 238 260	35 916 690	.	.	.	11 765	5 000	37 275 285	2	12	13	14,5	80	.	37 617 63	22 825 86	68 080 76	764 968 15	
bisher 1886	mehr ..	.	835	1 860	.	401 48	.	33 700	.	235 570	5 220 710	.	.	.	4 000	5 000	.	.	.	.	.	0,5	80	.	.	.	.	
bisher 1886	weniger ..	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	

Aufforderung  
zur Bewerbung um die Ausführung plastischer Auszüweise  
für die Nikolaitürme in Löbau.

Auf Kosten des Kunstfonds sollen für das Hauptportal der umgebauten Nikolaitürme in Löbau auf der Nordseite König Stanislaus, in Sandstein oder französischen Kalkstein ausgeführt, im Wege der öffentlichen Bewerbung beschafft werden, nämlich jene mit der mittelste höhere Porträtmutter und die von Seitenwänden Petrus, Johannes der Täufer und die Apostel Petrus und Paulus, die Christusstatue in einer Höhe von 3,15 m, einschließlich der Plinthe, die übrigen vier Statuen in jeder von 1,40 m, einschließlich der Plinthe, die übrigen vier Statuen in jeder von 1,40 m, einschließlich der Plinthe.

Da sich diese Statuen in verhältnismäßig geringen Abständen von einander befinden werden, so ist eine einfache Behandlung derselben von selbst geboten und ebensowenig zu erwarten, daß es möglich ist, sie in einem zusammen einem Bewerber in Auftrag zu geben. Um aber auch eine glückliche Zusammenarbeit von Architektur und Bildhauer zu erreichen, hat der alademische Rath vom Bildhauer Schäfer ein in dieses Werkstatt Nr. 24 der heutigen Schäfergesellschaft nachbereit gehalten Modell der Kreuzlinie in der Umgebung der Statuen aus Eisen im Maßstab von  $\frac{1}{2}$  der natürlichen Größe anfertigen lassen, wofür sich der Bewerber einen Abzug bei dem genannten Bildhauer für den Preis von 30 M. bezahlen kann. Diese Bezahlung muß jedoch innerhalb von 14 Tagen nach der Bekanntmachung dieser Aufforderung erfolgen.

Hierzu lädt der Bildhauer, der sich die Kosten für die Ausführung der Statuen nicht zu erhöhen scheint, die Kosten der Materialien, die Kosten der Transport und der Aufbau zu übernehmen, ebenso wie die Kosten der Versendung der Modelle an den alademischen Rath. Der Bewerber wird die Kosten der Versendung der Modelle an den alademischen Rath zu übernehmen haben.

Der erzielte Preis begründet an sich keine Anspruchsberechtigung auf die Ausführung der Statuen, vielmehr können dazu auch die Arbeiten anderer Bewerber vorgeschlagen oder ferner eine neue Bewerbung eingeschrieben werden.

Über die ebenfalls der höheren Bezeichnung unterliegenden Bedingungen der Ausführung würde mit dem betreffenden Künstler oder mit den genannten mehreren Künstlern verhandelt werden.

Sämtliche Bewerbungsarbeiten werden mindestens eine Woche lang vor dem Entwurf und mindestens ebenso lange später abgelehnt werden können.

Für diejenigen Modelle, welche vom alademischen Rath nicht direkt angenommen werden, erhalten die Künstler eine Prämie von 400 M., die beiden anderen von je 300 M. ausgeschüttet werden.

Um solche Bewerber, deren Modelle zwar nicht angenommen werden, an sich aber ebenfalls als vorzügliche Arbeiten angesehen sind, bei der fünfjährigen Verhandlung des Bewerbungsgerichts anerkannt zu werden, behält sich der alademische Rath vor, die Bewilligung auch dieser Bewerber nach der erfolgten Prämierung zu erteilen, wenn dies nicht im Interesse von ihnen abweichen würde.

Der erste Preis begründet an sich keine Anspruchsberechtigung auf die Ausführung der Statuen, vielmehr können dazu auch die Arbeiten anderer Bewerber vorgeschlagen oder ferner eine neue Bewerbung eingeschrieben werden.

Über die ebenfalls der höheren Bezeichnung unterliegenden Bedingungen der Ausführung würde mit dem betreffenden Künstler oder mit den genannten mehreren Künstlern verhandelt werden.

Die Bewerbsmodelle der unbekannten Gebildeten werden dem alademischen Rath unter den gegebenen Zeitpunkten ab mitjuridisch gelagert haben können, um ihnen ihre Arbeiten zurückzugeben zu können.

Dresden, den 20. Januar 1887.

abends 5 Uhr

den 1. Juni 1887

am 20. Januar 1887.

Postplatz Bautznerstrasse 41/42

Mietkosten Fernsprechanschluß 344. Fernsprechanschluß 526. Fernsprechanschluß 684.

Täglich zweimaliger Versand von

# R. Ufer Nachf.

jetzt  
Eckhaus:  
König Johannstr.  
und

Moritzstrasse 13.

Dresdner Molkeri  
Gebrüder Pfund

Postplatz Bautznerstrasse 41/42

Mietkosten Fernsprechanschluß 344. Fernsprechanschluß 526. Fernsprechanschluß 684.

Täglich zweimaliger Versand von

Milch und Butter

nach allen Teilen der Stadt und deren Umgegend.

Postamt Dresden

Telegraphenamt Dresden

Postamt Dresden

Post

# Beilage zu N° 20 des Dresdner Journals. Mittwoch, den 26. Januar 1887, abends.

## Tagessgeschichte.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

**Paris.**, 24. Januar. Bei der gestrigen Eröffnungswahl im Yonne-Departement siegte der radikale Lasson (derselbe war früher Präsident dieses Departements gewesen und ist ein Freund Clemenceau's) mit 34 142 gegen 29 012 Stimmen über seinen gemäßigten republikanischen Gegner Richard. Bei den Wahlen von 1885 war Paul Bert in der Yonne mit 36 931 Stimmen gewählt worden, während die Namen der radikalen Gegenlist, unter welchen sich auch derjenige Lasson befand, weniger als 20 000 Stimmen auf sich vereinten. Die Monarchisten, die für ihre Liste 30 000 Stimmen erlangt hatten, waren gestern an der Wahl nicht beteiligt. Sowohl Richard als Lasson hatten sich für Wahrung des Friedens und für Finanzreform ausgesprochen, gingen hingegen bezüglich der Kirchenfrage schief auseinander, welche im Wahlkampfe die Hauptrolle spielt. Richard stimmte der neutralen Erklärung Goblets bei, wonach Frankreich die Trennung von Schule und Kirche noch nicht wolle, und wies daher diese Forderung zurück, damit das Land gegenüber Deutschland nicht gespalten sei. Lasson hingegen betonte in seiner Wahlansprache, daß es sich darum handle, durch seine Wahl fundzugeben, daß das Departement der Yonne die Aufhebung des Konkordats als eine reife Reform ansiehe. — Die Rechte der Kaminer beschloß heute, in der Budgetdebatte ihr Programm „Weder Anteile, noch neue Steuer“ zu vertreten. Einer ihrer Redner wird erklären, das vorgelegte Budget verfüge über verkappte Anteile im Betrage einer Milliarde, und ein solches System führe zum Bankrott. Die Rechte lehne daher die Verantwortlichkeit für derartiges Thun ab. — Der im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des Ministers des Auswärtigen gebildete Ausschuß zur Durchsicht der Höhe des Tonkins hat beschlossen, im Tonkin und in Annam den französischen Generalstaf einzuführen, so daß die französischen Waren, sowie die zuerst vom Auslande nach Frankreich gebrachten und die Erzeugnisse der französischen Kolonien vollfrei eingehen. Diejenige Artikel des Generalstaf, welche, wie z. B. derjenige betreffend Baumwolle, zahlreiche Unterabteilungen haben, sollen vereinfacht werden. — Die höchste Presse beschäftigt sich fortgefeiert mit dem Kriegsminister.

Der „Savoir“ hat die glückliche Entdeckung gemacht, daß Boulangers Sohn Ernest führt — ein hier in Frankreich kaum verwendeter Name — und ergibt sich nun spätestens über die Ausführungen des künftigen Dynasten.

Rochefort verbirgt sich im „Parcours“ feierlich dagegen, daß der Fall einer erzwungenen Entlassung Boulangers mit einem Volksaufstand droht zu haben: er habe lediglich das in Aussicht gestellt, was in England und Amerika häufig geschieht: einem „Prat“ (Generalmarschall) (analog zu protestantischen Generälen) über 20 000 Menschen, welche über die Boulevards laufen würden, riefen: „Es lebe Boulangar!“ Diejenigen Personen, welche sich über diese Möglichkeit so sehr entzweiten, müssen allzu gläubig, meint er, wenn sie jene Pariser vereinigen könnten, welche zu rufen wagten: „Es lebe Herr!“ Zum Beweis, daß zwischen den Opportunisten und den Radikalen eine „Vulverremontrance“ gegen Boulangar ins Werk gesetzt werden sei, ergräßt Rochefort, der Times-Vorleser hinter der Böschung, der ein Agent Herrs sei, habe sich zum Handelsminister bestellt und demselben mitgeteilt, daß die Rechte und das Zentrum beschlossen hätten, sich Boulangars zu entledigen und daß Rocques desshalb gut thun werde, diesen verlästerten Mann fahren zu lassen.

Die „République Française“ bemüht zu der und gekennzeichneten Nachricht des „Savoir“, wonach der französische Minister die Abtretung gedroht zu haben: er habe lediglich das in Aussicht gestellt, was in England und Amerika häufig geschieht: einem „Prat“ (Generalmarschall) (analog zu protestantischen Generälen) über 20 000 Menschen, welche über die Boulevards laufen würden, riefen: „Es lebe Boulangar!“ Diejenigen Personen, welche sich über diese Möglichkeit so sehr entzweiten, müssen allzu gläubig, meint er, wenn sie jene Pariser vereinigen könnten, welche zu rufen wagten: „Es lebe Herr!“ Zum Beweis, daß zwischen den Opportunisten und den Radikalen eine „Vulverremontrance“ gegen Boulangar ins Werk gesetzt werden sei, ergräßt Rochefort, der Times-Vorleser hinter der Böschung, der ein Agent Herrs sei, habe sich zum Handelsminister bestellt und demselben mitgeteilt, daß die Rechte und das Zentrum beschlossen hätten, sich Boulangars zu entledigen und daß Rocques desshalb gut thun werde, diesen verlästerten Mann fahren zu lassen.

Die „République Française“ bemüht zu der und gekennzeichneten Nachricht des „Savoir“, wonach der französische Minister die Abtretung gedroht zu haben: er habe lediglich das in Aussicht gestellt, was in England und Amerika häufig geschieht: einem „Prat“ (Generalmarschall) (analog zu protestantischen Generälen) über 20 000 Menschen, welche über die Boulevards laufen würden, riefen: „Es lebe Boulangar!“ Diejenigen Personen, welche sich über diese Möglichkeit so sehr entzweiten, müssen allzu gläubig, meint er, wenn sie jene Pariser vereinigen könnten, welche zu rufen wagten: „Es lebe Herr!“ Zum Beweis, daß zwischen den Opportunisten und den Radikalen eine „Vulverremontrance“ gegen Boulangar ins Werk gesetzt werden sei, ergräßt Rochefort, der Times-Vorleser hinter der Böschung, der ein Agent Herrs sei, habe sich zum Handelsminister bestellt und demselben mitgeteilt, daß die Rechte und das Zentrum beschlossen hätten, sich Boulangars zu entledigen und daß Rocques desshalb gut thun werde, diesen verlästerten Mann fahren zu lassen.

Die „République Française“ bemüht zu der und gekennzeichneten Nachricht des „Savoir“, wonach der französische Minister die Abtretung gedroht zu haben: er habe lediglich das in Aussicht gestellt, was in England und Amerika häufig geschieht: einem „Prat“ (Generalmarschall) (analog zu protestantischen Generälen) über 20 000 Menschen, welche über die Boulevards laufen würden, riefen: „Es lebe Boulangar!“ Diejenigen Personen, welche sich über diese Möglichkeit so sehr entzweiten, müssen allzu gläubig, meint er, wenn sie jene Pariser vereinigen könnten, welche zu rufen wagten: „Es lebe Herr!“ Zum Beweis, daß zwischen den Opportunisten und den Radikalen eine „Vulverremontrance“ gegen Boulangar ins Werk gesetzt werden sei, ergräßt Rochefort, der Times-Vorleser hinter der Böschung, der ein Agent Herrs sei, habe sich zum Handelsminister bestellt und demselben mitgeteilt, daß die Rechte und das Zentrum beschlossen hätten, sich Boulangars zu entledigen und daß Rocques desshalb gut thun werde, diesen verlästerten Mann fahren zu lassen.

Die „République Française“ bemüht zu der und gekennzeichneten Nachricht des „Savoir“, wonach der französische Minister die Abtretung gedroht zu haben: er habe lediglich das in Aussicht gestellt, was in England und Amerika häufig geschieht: einem „Prat“ (Generalmarschall) (analog zu protestantischen Generälen) über 20 000 Menschen, welche über die Boulevards laufen würden, riefen: „Es lebe Boulangar!“ Diejenigen Personen, welche sich über diese Möglichkeit so sehr entzweiten, müssen allzu gläubig, meint er, wenn sie jene Pariser vereinigen könnten, welche zu rufen wagten: „Es lebe Herr!“ Zum Beweis, daß zwischen den Opportunisten und den Radikalen eine „Vulverremontrance“ gegen Boulangar ins Werk gesetzt werden sei, ergräßt Rochefort, der Times-Vorleser hinter der Böschung, der ein Agent Herrs sei, habe sich zum Handelsminister bestellt und demselben mitgeteilt, daß die Rechte und das Zentrum beschlossen hätten, sich Boulangars zu entledigen und daß Rocques desshalb gut thun werde, diesen verlästerten Mann fahren zu lassen.

Über den Verlauf des siegreichen Gefechts, durch welches der Oberst Trichard in der Nacht vom 20. zum 21. d. Mts. den von den auständischen Tonkinen verschwagten Platz Nöfie (Provins Tanhoa) einnahm, liegt folgende, Hanoi, 22. Januar, datierte Depêche vor:

„Der Oberst Trichard warf uns die von den Rebellen beauftragte bestreite Stellung einer Einschließungslinie auf, welche durch Annäherungswälle, wie bei einer Belagerung, immer verengter wurde. Als sie die auständischen eingeholt waren, suchten sie in der Nacht vom 20. auf den 21. die Spalte zu durchbrechen, wobei ihnen gleichzeitig von außen Hilfe gebracht wurde. 1000 Auständische wurden Kampftüchtig gemacht, der Rest flüchtete. Untersturmführer kein Verlust. Die feindliche Stellung, welche wir besetzt halten, war jurchbar verdrängt und hätte nur mit schweren Verlusten erklungen werden können. Dieser Erfolg war große Wertschätzung ausser. Die Truppen zeigen trotz heftiger Regens viel Elfer und Ausdauer.“

Der „Tempo“ bemüht zu dieser Depêche: Also ist die neulichste Beilage in den Provinzen Lanho und Oberschott wieder gut gemacht worden, ohne Verlust eines Mannes, was beweist, daß man mit genugem Kräften operiert hat, um den Widerstand zu entmutigen, und die feindliche Stellung nicht wie früher von uns angegriffen, sondern geschickt manövriert hat. Wir sagen noch dazu, daß die Einheiten, welche das Jenseit Hong-Ko-Lium und in diesem Jenseit festzogen die größten Dienste geleistet haben. Hoang-Ko-Siem war einer unserer eifrigsten Gegner im Tonkin — er beschädigte die Kanonen bei Sonai, Bacnai und Hongho — erlitt aber in den letzten Monaten die Autorität des Königs Tong-Kan an und sagte sich vollständig von Tong los. Paul Bert beschäftigte, ihm die Regierung der anamitischen Provinzen übertragen zu haben.

Somit aus Vorstehendem ersichtlich ist, hat sich die französische Kolonne des Platzes, nachdem ein Angriff auf denselben unlangst mit schwerem Verlust abgewiesen wurde, durch Einverständnis mit dem Feinde beschäftigt.

## Deutsche Ansiedlungen in Preußisch-Polen.

Die Denkschrift über die Ausführung des Gesetzes vom 26. April 1886 betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Polen, für das Jahr 1886 ist dem Landtag nunmehr zugegangen. Bekanntlich ist durch den § 1 dieses Gesetzes der Staatsregierung ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um zur Stärkung des deutschen Elementes in den Provinzen Westpreußen und Polen, gegen kolonistische Bestrebungen durch Ansiedlung deutscher Bauern und Arbeiter Grundstücke häufig zu erwerben, und soweit erforderlich, die erstmaligen Einrichtungskosten neuer Stellen oder ganzer Landgemeinden, sowie die Kosten der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse der selben zu bestreiten. Wir heben aus der umfangreichen Denkschrift Folgendes hervor:

Die bis zum Schluß des Jahres 1886 für die Zwecke des Ansiedlungsgebetes angestauten und übernommenen Besitzungen umfassen:

- a) eine Herrschaft mit 3 selbständigen Wirtschaftsdepartements und in Summe 8 Vorwerken,
- b) 16 Rittergüter mit einer größeren Zahl dazu gehöriger Vorwerke und früher mit ihnen vereinigter Bauernwirtschaften,
- c) 3 selbständige Wirtschaften mit Gehöften, Vorwerk und Erster. Bis zum Schluß des Jahres 1886 ist insgesamt erworben an Güterwert 11 780 00,24 M. mit einem Kaufpreise von 6 612 900 M. und an jüngstem Preis 11 084,10 M. mit einem Kaufpreise von 88 845 M. Im Regierungsbezirk Danzig sind Ansätze bisher nicht erfolgt.

Obwohl eine Anregung zur Anmeldung für den Gewerbe von Ansiedlungsstellen seitens der Ansiedlungskommission bis jetzt erfolgt ist, sind aus allen Teilen von Deutschland, namentlich aus Amerika zahlreiche Gebäude, diejenigen, die gegenstand betreffend, eingegangen. Es haben sich gemeldet:

- a) 16 Rittergüter mit einem Durchschnittsvermögen von 2100 und 2400 M., die der Inspektoren zwischen 2700 und 3600 M. und die der Oberinspektoren zwischen 4500 und 6000 M. Ferner beziehen alle technischen Beamten der Landesanstalt noch entsprechende Ausflüsse und Vergütungen für ihre Dienstreisen, und die Inspektoren und Oberinspektoren befinden keine Äquivalente zur Besteitung ihres Dienstlichen Bureauaufwandes. Auch ist es den Inspektoren bez. Oberinspektoren mit Genehmigung ihrer Dienstbehörde nahegelegt, die Funktion als Techniker bei den Polizeibehörden innerhalb ihres Dienstbezirkes, gegen Liquidation zu übernehmen.

Die festen Gehalte der Assistenten bewegen sich in den Grenzen zwischen 2100 und 2400 M., die der Inspektoren zwischen 2700 und 3600 M. und die der Oberinspektoren zwischen 4500 und 6000 M. Ferner beziehen alle technischen Beamten der Landesanstalt noch entsprechende Ausflüsse und Vergütungen für ihre Dienstreisen, und die Inspektoren und Oberinspektoren befinden keine Äquivalente zur Besteitung ihres Dienstlichen Bureauaufwandes. Auch ist es den Inspektoren bez. Oberinspektoren mit Genehmigung ihrer Dienstbehörde nahegelegt, die Funktion als Techniker bei den Polizeibehörden innerhalb ihres Dienstbezirkes, gegen Liquidation zu übernehmen.

Die Zahl der Bewohner um Betreuung gerechnet als Betreuer ausländischer Güter, dann aber auch um Dienste für alle möglichen Zwecke war eine außerordentlich große. Nach Auszählung aller direkt unvermittelten Gebäude wurden aus der Zahl der übrigbleibenden 341 Personen für etwa fünfjährige Verwendung notiert.

Seigneur des Wirtschaftsorganisation wäre zu erwähnen, daß dieselbe sich insgesamt in den einfachsten Formen halten und jede Garantie verneinen soll, welche besondere Aufwendungen notwendig macht.

Die Erwerbungen sollen vorwiegend in deutsch-polnischen gemischten Kreisen gemacht werden, damit in ihnen der deutischen Bevölkerung das Übergewicht verhindert wird. Damit soll nicht völlig ausgeschlossen sein, daß auch in überwiegend deutschem Kreise Ansätze stattfinden, wo die Gefahr eines Überganges deutscher Besitz in polnische Hand vorliegt oder wo die Bedeutung bestehender deutscher Schule und Kirchenselbstverwaltung besteht. Jedoch soll der Aufbau jeder Bevölkerung aus deutscher Händen nur ausnahmsweise stattfinden. Ebenso ist die Gelegenheit zu benutzen, in ganz politischen Kreisen größere Komplexe oder mehrere einzelne Güter in zusammenhängender Lage oder solche Beziehungen zu erwerben, welche an bereits bestehende vereinzelt deutsche Gemeinden angrenzen.

Bestmöglich der Vorbereitung der Kolonisation größter Beziehungen ist ein doppelter Ansatzpunkt in Anwendung zu bringen und zwar der Art, daß einige Güter der Generalkommission zur planmäßigen Versettlung überlassen, der anderen der Verkauf gemacht werden soll, nach vorheriger demokratischer Entscheidung der einzelnen Selbständigkeit und Kulturstufe, sowie unter Berücksichtigung der sich auf die Grundbesitzerschaffung hinzuwendenden Ausgaben.

Bestmöglich der Überlösung der einzelnen Stellen werden alle jene Formen zulässig sein, welche schon das Gesetz bestimmt. Bei Leiterprüfungen dient es sich als zweckmäßig erweisen, den Bürgern bereits das Rechte verliehen zu lassen, in irgend einer Form zu können, auf Grund desselben mit den Ansiedlungsbürgern zu verhandeln und die endgültige Entscheidung der Ansiedelungsstellen bis zum Abschluß der Verhandlungen mit jener zu verlegen.

Bestmöglich der Überlösung der einzelnen Stellen werden alle jene Formen zulässig sein, welche schon das Gesetz bestimmt. Bei Leiterprüfungen dient es sich als zweckmäßig erweisen, den Bürgern bereits das Rechte verliehen zu lassen, in irgend einer Form zu können, auf Grund desselben mit den Ansiedlungsbürgern zu verhandeln und die endgültige Entscheidung der Ansiedelungsstellen bis zum Abschluß der Verhandlungen mit jener zu verlegen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.

Bestmöglich der Schadlosmachung des Staates ist den Anhängern die Erhaltung des Selbstschutzmusters des Ansiedlers nach Wagnisschäden zu bestimmen.</p

## **Dresdner Börse, 26. Januar 1887.**

der zur Schamleistung verantwortlich: Die Band, Gründler der Mittelstand- und Handelskammer.

Abdruck vom 18. 9. Leibniz in Dresden.